Open Source

Plattform für öffentlichen Code

[12.05.2021] Das Bundesinnenministerium entwickelt gemeinsam mit den Ländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ein Open Source Repository für die Verwaltung. Dieses bindet Vorarbeiten der Initiative „Ein Ort für öffentlichen Code“ ein und soll Bund, Ländern und Kommunen künftig den Zugriff auf Open Source Software erleichtern.

Mit öffentlichen Geldern entwickelte Software sollte sowohl anderen Verwaltungsebenen zugänglich sein, als auch Gesellschaft und Industrie zur Weiterentwicklung frei zur Verfügung stehen. Hierfür braucht es ein entsprechendes Portal, einen „Ort für öffentlichen Code“ (wir berichteten). Ein erstes Konzept für ein solches Open Source Code Repository für die öffentliche Hand hatte eine Expertengruppe im Rahmen der Initiative „Ein Ort für öffentlichen Code“ im September 2020 erarbeitet. Parallel dazu hatte die AG Cloud-Computing und Digitale Souveränität des IT-Planungsrats entschieden, noch im Jahr 2021 ein Repository für Open Source Code in den Pilotbetrieb zu bringen.

Wie die Open Source Business Alliance (OSBA) und die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako mitteilen – beide Unterstützer der Initiative „Ein Ort für öffentlichen Code“ – startet das Projekt nun in die heiße Phase. Die erste Ausbaustufe einer Plattform zum Austausch und zur Weiterentwicklung von Open Source Software werde derzeit vom Bundesinnenministerium (BMI) gemeinsam mit den Ländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sowie dessen IT-Dienstleister Komm.ONE getestet. „Als erstes Umsetzungsergebnis wurde Ende März ein Minimum Viable Product (MVP) mit den Kernfunktionen der zentralen Open-Source-Plattform fertiggestellt. Auf Grundlage des MVP erfolgen derzeit die ersten Tests im Kreis der Projektpartner sowie die agile Weiterentwicklung der Plattform“, heißt es dazu vonseiten des BMI (wir berichteten).

Die Initiative „Ein Ort für öffentlichen Code“ ist nach Angaben von Vitako und OSBA eng in die praktische Umsetzung des Projekts eingebunden. So habe es beispielsweise einen intensiven Austausch darüber gegeben, welche Schritte zur Umsetzung des Repository notwendig sind. Zudem seien die vielschichtigen Anforderungen an eine derartige Plattform konkretisiert worden. Experten der Initiative seien außerdem direkt in die UAG Technik des IT-Planungsrats entsandt worden und die Arbeitsgruppe werde einzelne Arbeitspakete übernehmen. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Open-Source-Experten und öffentlichen Akteuren verspreche die Initiative „Ein Ort für öffentlichen Code“ zum Erfolgsprojekt zu werden.

(bs)

Stichwörter: Open Government, Open Source, OSB Alliance, Vitako